

Marie-Luise Recker

Kleinere Parteien im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland

Das Parteiensystem der Bundesrepublik war bisher durch eine bipolare Struktur gekennzeichnet. Neben den beiden großen Volksparteien – Unionsparteien und Sozialdemokratie – steht eine Zahl kleinerer Parteien, die – je nach programmatischer Ausrichtung und politischer Stärke – als Partner den beiden großen Parteien zur Seite treten und ihnen so zur Regierungsmehrheit verhelfen können. Diese bipolare Struktur war nicht von Anfang an angelegt, doch mit der Entscheidung von CDU und CSU zu einer bürgerlichen Koalition nach den ersten Bundestagswahlen 1949 und dem gleichzeitigen Entschluss der SPD, in die Opposition zu gehen, wenn sie nicht den Kanzler stellen könne, war die Konkurrenz der beiden Großen um die Regierungsmacht in Bonn, welche sie durch entsprechende Zusammenarbeit mit kleineren Parteien erreichen wollten, bis heute dominant für die Ausprägung des westdeutschen Parlamentarismus.

Welche Rolle kam somit den kleineren Parteien zu? Welche dieser Parteien konnte eine maßgebende Funktion für das bundesrepublikanische Parteiensystem erreichen? Wie veränderte sich dies im Zeitverlauf? Wie differenzierte sich das westdeutsche Parteienspektrum aus? Welche Rolle übernahmen die kleineren Parteien bei der Entfaltung wie bei der Konsolidierung des westdeutschen Parteiensystems? Wie gestalteten sich die Übergänge zwischen der politischen Mitte und dem linken und rechten Rand? Welche Bedeutung erreichten links- und rechtsextreme Parteien? Wie konnten Neugründungen sich einen Platz sichern? Wohin steuern die kleineren Parteien im gegenwärtigen deutschen Parteiensystem? Dies sind Fragen, die im Zentrum der folgenden Überlegungen¹ stehen.

1 Der Aufsatz versteht sich als generelle Skizze, so dass – schon allein wegen der großen Zahl entsprechender Titel – auf umfangreiche bibliografische Nachweise verzichtet wird. Die umfangreichste Darstellung ist noch immer Richard Stöss (Hrsg.): *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*. 2 Bände. Opladen 1993.

In einem vielzitierten Aufsatz hat Jürgen Falter² die Bundestagswahl 1949 als eine Wahl zwischen Weimar und Bonn bezeichnet, da sie – im Unterschied zu späteren Urnengängen – noch von einer Parteienvielfalt geprägt gewesen sei; immerhin zogen zehn Parteien und einige unabhängige Kandidaten in den Ersten Deutschen Bundestag ein. Zu den kleineren Parteien, die nun Abgeordnete in den Plenarsaal am Rhein entsenden konnten, zählte eine Reihe links- und rechtsradikaler Gruppierungen, Parteien der bürgerlichen Mitte, Regionalparteien sowie Interessenparteien. Auf CDU/CSU und SPD entfielen ca. zwei Drittel der Mandate, der Rest verteilte sich auf die Mitglieder der kleineren Parteien. Diese Relationen verdeutlichen, welches politische Potential – oder welcher politische Sprengstoff – für das westdeutsche Parteiensystem sich in den kleineren Parteien verbarg.

Nach der Aufhebung des Lizenzierungszwangs am 17. März 1950 kam es zur Neugründung von mehr als zwanzig Parteien, darunter etliche am rechten Rand des Parteienspektrums. Hatten die westlichen Besatzungsmächte die Bildung von rechtsextremen und Flüchtlingsparteien noch untersagt, so zeigte diese Welle von Neugründungen die Pluralität der politischen Interessenartikulation in der Frühphase der Bundesrepublik, aber auch die Instabilität des noch jungen parlamentarischen Systems. Allerdings erwiesen sich die Versuche, das nationalkonservative bzw. rechtsradikale Potential politisch zu bündeln, als nicht erfolgreich. Der 1949 gegründeten Sozialistischen Reichspartei,³ der wichtigsten dieser Parteien am rechten Rand, eindeutig an nationalsozialistische Traditionen anknüpfend, gelang es zwar in den folgenden drei Jahren, zum Zentrum des Rechtsradikalismus zu werden, wobei ihr organisatorischer Schwerpunkt im protestantischen Norden, vor allem in Niedersachsen lag. Ihr Versuch, durch eine aggressive Sammlungspolitik ihre Position weiter auszubauen, rief jedoch politische Gegenkräfte auf den Plan, die einen Verbotsantrag vor dem Bundesverfassungsgericht befürworteten und schließlich verwirklichten. Das Verbot im Oktober 1952 traf die Partei bereits in einer Phase des politischen Niedergangs, personeller Querelen und heftiger interner Diskussionen um den programmatischen und politischen Kurs.

Dieses Muster setzte sich in den folgenden Jahren fort. In dem Versuch, einerseits den rechten politischen Rand hinter den eigenen Fahnen zu versammeln, andererseits aber auch die programmatische Profilierung voranzutreiben, kam es immer wieder zu Assoziations- und Dissoziationsprozessen unter den dort existierenden Parteien, so dass die Herausbildung einer relevanten politischen Kraft nicht gelang. Differenzen über Stil und Programm, aber auch heftige

2 Jürgen Falter, Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn, in: Politische Vierteljahresschrift 22 (1981), S. 236-263.

3 Vgl. hierzu jetzt Henning Hansen: Die Sozialistische Reichspartei (SRP). Aufstieg und Scheitern einer rechtsextremen Partei. Düsseldorf 2007.

personelle Querelen taten ein Übriges, um die Konsolidierung des rechten Parteienspektrums zu unterbinden.

Dies galt auch für den zweiten Anlauf zu einer Sammlung dieses Lagers in den 1960er Jahren. Der spektakuläre Aufstieg der NPD und ihr Einzug in sieben Landesparlamente war eher der wirtschaftlichen Rezession sowie der Entstehung eines oppositionellen Vakuums nach Bildung der Großen Koalition geschuldet als dem Vorhandensein eines entsprechenden eigenen Stammwählerpotentials. Die starke Polarisierung zwischen den etablierten Parteien nach der nächsten Bundestagswahl, vor allem beim Thema Ostpolitik, entzog der NPD die Voraussetzungen ihres Aufstiegs. Auch das gegenwärtige rechte politische Lager mit Republikanern, DVU und NPD an der Spitze profitiert eher vom politischen Protest als von der Herausbildung einer eigenen Klientel.

Insgesamt verfügte und verfügt der parteipolitisch organisierte Rechtsextremismus in der Bundesrepublik über keine geschlossene sozialmoralische oder ideologische Gruppe der Wählerschaft, auf die er sich stützen könnte. Organisatorisch war er in mehrere Parteien oder zumindest Flügel gespalten, die sich programmatisch-politisch gegenseitig attackierten, damit die Sichtbarkeit und die Zugkraft der Spitzenfunktionäre untergruben und so die Wahlchancen minimierten. Eine Überwindung der organisatorischen Zersplitterung und die Herausbildung einer einheitlichen rechten Wahlpartei gelangen immer nur zeitweise und unter spezifischen historischen Konstellationen.

Auf der linken Seite des politischen Spektrums war die Situation ähnlich. Die größten Chancen für die Konsolidierung des linksextremen Lagers lagen in den Jahren vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland, als die KPD als eine der vier Lizenzparteien in neun Landesparlamente einziehen konnte und zunächst kurzfristig auch an den meisten Landesregierungen beteiligt war. Allerdings begannen ihre Ausgrenzung aus dem Spektrum der legitimen politischen Kräfte und ihr politischer Abstieg bereits 1947/48 mit der Verhärtung der Ost-West-Fronten und dem Aufkommen des Kalten Krieges. Politische Isolation und programmatische Radikalisierung kennzeichneten ihre Position im frühen Parteiensystem der Bundesrepublik. Politisch war sie somit bereits gescheitert, als das Bundesverfassungsgericht im August 1956 das Verbot der Partei aussprach und sie in die Illegalität abtauchte.

Marginalisiert und politisch erfolglos blieben auch spätere Versuche, linkes, außerparlamentarisches Protestpotential politisch zu formieren. Die DKP, die sich im September 1968 in Frankfurt am Main konstituierte, stand mehr oder weniger in direkter Kontinuität zur alten KPD, was ihr politisches Schicksal besiegeln sollte. Daneben sprossen in den 1960er Jahren aber auch andere kommunistische Gruppierungen, maoistische Kreise, trotzkistische Kräfte, an Liebknecht und Luxemburg orientierte Zirkel aus dem Boden, doch blieben sie sektiererische Splittergruppen, vermochten keinen politischen Einfluss

und keine eigenständige Position zu gewinnen. Ihre programmatischen Ziele waren so weit von der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Realität der Bundesrepublik entfernt, dass sie nicht Fuß fassen konnten. Vom linken und rechten Rand drohte dem westdeutschen Parlamentarismus keine ernstzunehmende Herausforderung – dies war ein wesentlicher Unterschied zur Weimarer Republik.

Die politische Ausgrenzung und das Verbot von SRP und KPD zwangen auch die anderen, neben Union und Sozialdemokratie agierenden Parteien, ihren Standort zwischen der politischen Mitte und der Peripherie des westdeutschen Parteienspektrums zu bestimmen. Dies gilt insbesondere für die kleinen bürgerlich-konservativen Parteien, die teils noch vor 1949, teils mit dem Fall des Lizenzierungszwangs gegründet worden waren und die sich als Konkurrenz, aber nicht als grundsätzliche Opposition zu den beiden Großen verstanden. Hierzu gehörten Regionalparteien wie die Bayernpartei, Kopf und Spitze einer bayerisch-partikularistischen Bewegung, die Zentrumsparterie mit ihren Hochburgen in Westfalen, dem Rheinland und dem Oldenburger Münsterland, letztlich auch die Deutsche Partei, die mit ihrem protestantisch-konservativen Profil ihren Schwerpunkt in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein hatte. Hierzu zählten aber auch Interessenparteien wie der Südschleswigsche Wählerverband, die politische Vertretung der dänischen Minderheit, oder der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten,⁴ der sich vor allem der Belange der Flüchtlinge und Vertriebenen verpflichtet fühlte. Auch die FDP ist dieser Parteiengruppierung zuzurechnen, in den ersten Jahren nach ihrer Gründung ein eher labiler Zusammenschluss liberal-demokratischer und nationalliberaler Kräfte, die ihren Ort im bundesdeutschen Parteiensystem erst noch finden musste.

Angesichts der Sogkraft bundespolitischer Tendenzen war den Regionalparteien keine politische Zukunft beschieden. Die Bayernpartei verlor schon früh im Schatten der CSU ihre politische Basis, mehrfache Übertritte von Mandatsträgern und Mitgliedern zur christsozialen Konkurrenz in den 1950er Jahren beschleunigten den Zerfall der Partei. Ähnlich sah es für die Zentrumsparterie aus. Hier war es die CDU, die, unterstützt vom katholischen Klerus, das Erbe des politischen Katholizismus angetreten hatte und nun die kleinere Konkurrenz bedrängte. Die Strategie der Zentrumsparterie, über Kooperation und Wahlbündnisse mit der CDU das eigene Überleben zu sichern, erwies sich als zweischneidiges Schwert: Zwar konnte sie hierdurch

4 Der BHE war 1950 in Kiel als Partei gegründet worden und hatte sich – um seine programmatischen Schwerpunkte klarzustellen – 1952 in Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten umbenannt. Die beste Darstellung ist noch immer Franz Neumann: Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950-1960. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei. Meisenheim 1968.

ihre parlamentarische Präsenz für eine Weile wahren, doch wurde sie gleichzeitig von der CDU zur Ader gelassen und politisch marginalisiert. Ein ähnliches Schicksal widerfuhr der Deutschen Partei, wenn sie auch länger politisch überleben konnte. In der Tradition der Welfenbewegung und der Deutsch-Hannoverschen Partei entwickelte sich die DP innerhalb relativ kurzer Zeit zu einer Partei von überregionaler Bedeutung. Angetrieben von dem Ziel ihrer politischen Führung, zur entscheidenden Kraft jenseits von CDU und CSU aufzusteigen, pendelte sie im politischen Spektrum stärker als andere Parteien zwischen bürgerlich-konservativem Selbstverständnis und offenem Rechtsextremismus hin und her. Nach rechts zeigte sie sich offen durch ihren entschiedenen Kampf gegen die Entnazifizierung und ihr Werben um das Wählerreservoir der ehemaligen Nationalsozialisten. Auch die politische Kooperation mit anderen Parteien rechtsaußen⁵ war ein Indikator für die Verflechtung der DP mit diesem nationalistisch-rechtsextremen Rand. Allerdings wurden diese Affinitäten nach rechts kompensiert durch ihr bürgerlich-konservatives Taktieren in den Parlamenten. In den ersten drei Bundestagswahlen errang die DP einen Teil ihrer Mandate über Wahlkreisabsprachen mit der CDU, was den Weg in eine bürgerliche Koalition vorgab. Hier zeigte sie sich als antisozialistische, mittelständisch orientierte, nationale Belange betonende Kraft. Angesichts dieser koalitionären Zusammenarbeit und der engen Bindung an die CDU büßte die DP erkennbar an politischem Profil ein, wurde schon bald nur noch als Bestandteil des Bürgerblocks und nicht mehr als eigenständige, betont föderalistische Kraft identifiziert. Dies warf innerhalb der Partei die Frage nach der eigenen Existenzberechtigung auf. Ein Teil, insbesondere der so genannte Ministerflügel, plädierte für eine enge Anlehnung an die CDU und schloss sich ihr zu Beginn der 1960er Jahre an, der Rest versuchte, durch ein Zusammengehen mit dem BHE sich als »dritte Kraft« jenseits der großen Parteien zu etablieren. In der so entstandenen Gesamtdeutschen Partei (GDP) trafen sich also zwei Organisationen, die bisher wichtige Wählergruppen integriert und an den Bürgerblock herangeführt hatten, die durch diese Integration aber immer mehr ihre eigene Klientel und ihren Daseinsgrund verloren. Bei der DP waren es bürgerliche Wähler aus den konservativen Randzonen an der Schwelle zum Rechtsextremismus, beim BHE waren es Vertriebenenwähler, die in der Aufbauphase der Bundesrepublik ein beträchtliches Wählerpotential dargestellt hatten. Allerdings erwiesen sich die in die Fusion gesetzten Hoffnungen als völlig überzogen: Die GDP erreichte 1961 ganze 2,8% der Wählerstimmen, dies war für viele ehemalige DP-Mitglieder der Anlass, nun zur CDU überzuwechseln oder eine neue politische Heimat am rechten Rand zu suchen.

5 Vgl. hierzu Hermann Meyn: Die Deutsche Partei. Entwicklung und Programmatik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945. Düsseldorf 1965, S. 135ff.

Dem BHE erging es ähnlich. Diese Anfang 1950 gegründete Partei hatte bereits kurz nach Kriegsende zahlreiche Vorläufer, »Notgemeinschaften« Vertriebener, freie Wählergruppen auf kommunalen Listen und andere Organisationen, mit denen das alliierte Verbot der Gründung von Vertriebenenparteien umgangen und die Lebensinteressen der fast 10 Millionen Vertriebenen aus den ehemals deutschen Ostgebieten organisiert werden sollten. Diese politisch-ideologische Grundstruktur des BHE als Versuch, die Interessen der Vertriebenen zu repräsentieren, unterscheidet sich von den anderen hier betrachteten Parteien in einem wesentlichen Punkt: Es ging ihm nicht um die Durchsetzung abstrakter politischer Prinzipien, sondern um die Wahrung der Interessen einer Bevölkerungsgruppe, die sozial und kulturell noch nicht in der Bundesrepublik integriert war und die vornehmlich auf die Beseitigung konkreter sozialer Missstände abzielte. Auch im BHE prägten sich zwei Flügel aus, nämlich einer, der die Vertriebenen und ihren Anspruch auf das »Heimatrecht im Osten« als nationalistisches Oppositionspotential nutzen wollte und damit ideologische Grundmuster ansprach, die in dieser Deutlichkeit sonst nur von den Parteien rechtsaußen vertreten wurden, und ein zweiter, der die Partei eher als sozialpolitisch orientierte Interessenpartei sah, also die Ausgestaltung des »Lebensrechts« seiner Klientel im Westen in den Mittelpunkt seiner Politik stellte und über Regierungsbeteiligungen bestmögliche Lösungen für die sozialen Probleme der Vertriebenen anstrebte. Dies führte die Partei in verschiedene Koalitionsregierungen, auf Bundesebene in die bürgerliche Koalition unter Adenauer, in einigen Ländern aber auch in politische Bündnisse mit der SPD.

Diese politisch-programmatische Konzentration des BHE sozialpolitisch auf die konkreten Belange der Vertriebenen, außenpolitisch auf das Beharren auf den ehemals deutschen Ostgebieten als Teil der deutschen Nation, prägte zunächst den Stellenwert der Partei innerhalb der Bonner Koalition, war aber gleichzeitig der tiefere Grund für ihr politisches Ende. Mit der teilweisen Übernahme dieser ostpolitischen Positionen durch Adenauer, der Konsolidierung der westdeutschen Wirtschaft und der sozialpolitischen Befriedung der Vertriebenen verlor der BHE mehr und mehr sein politisches Profil in der Koalition, so dass sich auch für ihn die Frage nach seiner politischen Zukunft stellte. Zur Zerreißprobe für Partei und Bundestagsfraktion wurde die Saarfrage, da die Zustimmung zum Saarstatut von vielen als Präjudiz für die Aufgabe der ehemaligen Ostgebiete des Deutschen Reiches angesehen wurde. In der entsprechenden Abstimmung spaltete sich die Fraktion, der kleinere Teil trat aus ihr aus und schloss sich CDU und FDP an, der größere Teil verließ die Koalition. Fortan verstärkte die Partei ihre nationalen Forderungen, betonte das Selbstbestimmungsrecht sowie das Recht auf Heimat und attackierte die »Verzichtspolitiker«. Regional kam es auch mehrfach zur Zusammenarbeit

mit Rechtsextremen. Dennoch vermochten auch dieser Kurs und die Fusion mit der Deutschen Partei 1960 die Partei nicht zu retten. Regional konnte sie noch bis Ende der 1960er Jahre leidlich überleben. Doch zu diesem Zeitpunkt war die Partei in ihrer Substanz von der CDU ausgezehrt und von der NPD rechts überholt worden.

Das hier knapp skizzierte buntscheckige Bild einer Vielzahl kleinerer Parteien, das – neben Union und Sozialdemokratie – das frühe westdeutsche Parteiensystem prägte, war Ausdruck unterschiedlicher regionaler, sozialer und ideologischer Interessen und Prägungen. Hieraus eine eigenständige »dritte Kraft« zu formen, wie es von einigen dieser Parteien angestrebt wurde, gelang jedoch nicht, da die Konkurrenz untereinander und die unterschiedlichen politisch-programmatischen Aussagen einem solchen Konsolidierungsprozess entgegen standen. Stattdessen sollte ihre wesentliche Funktion während der 1950er Jahre darin liegen, den Christdemokraten als einer verschiedene Sozialmilieus übergreifenden und aufsaugenden Sammelpartei neue Anhänger zuzuführen. War die CDU zunächst vorwiegend im katholischen sozialen, politischen und kulturellen Lebensraum verankert gewesen, so gelang ihr nach und nach der Einbruch in ihr bis dahin verschlossen gebliebene und sie sogar ablehnende Sozialmilieus. Auf diese Weise erwiesen sich die Christdemokraten erfolgreich im Einsammeln traditionsgebundener Sozialmilieus oder interessensspezifischer Gruppen; nach dem Zentrum (und der damit erreichten Homogenisierung und Arrondierung des katholischen Lagers) waren dies vor allem die DP und der BHE. Selbst aus dem ursprünglich zu den rechtsextremen Parteien tendierenden Wählerpotential konnte die CDU Stimmen gewinnen. »Was als asymmetrische Konzentration des Parteiensystems erschien«, so das Fazit von Karl-Heinz Naßmacher⁶, »war die nachträgliche und phasenverschobene Bildung einer bürgerlichen Sammelpartei« durch die Integration der Wähler aus verschiedenen politisch-kulturellen Milieus.

Getragen und begünstigt wurde dieser Prozess der Sammlung des bürgerlichen Lagers um die Unionsachse durch den Niedergang regionaler Traditionen und Bindungen im Laufe der 1950er Jahre sowie durch generelle gesellschaftliche Wandlungsprozesse, in deren Folge die die kleineren Parteien tragenden sozialkulturellen Milieus ausgehöhlt und aufgelöst wurden. Gerade der Blick auf die regionale und lokale Eben zeigt, wie hier die CDU in die Hochburgen dieser Parteien eindringen und sie nach und nach erobern konnte. Hierbei beruhte ihr Erfolg auch darauf, dass sie »gleichsam diese unterschied-

6 Karl-Heinz Naßmacher: Zerfall einer liberalen Subkultur. Kontinuität und Wandel des Parteiensystems in der Region Oldenburg, in: Herbert Kühr (Hrsg.): Vom Milieu zur Volkspartei. Königstein/Ts. 1979, S. 30-134, hier S. 119.

lichen Hausbewohner unter ihrem Dach beherbergte, ohne zugleich und sofort die Probe auf ihre Integrationsfähigkeit zu wagen«⁷. Die ideologische und sozialstrukturelle Bandbreite der Union ermöglichte es den Anhängern der kleineren Parteien, zur CDU zu wechseln; gleichzeitig verstärkten sie deren weltanschauliche und soziale Heterogenität.

Von nicht geringerer Bedeutung für diese Integrationsleistung erwies sich die Bindung der kleineren Parteien an die Christdemokraten im Rahmen der Bonner Koalition. Die populäre Gestalt des Kanzlers und engagierten Wahlkämpfers Adenauer dominierte das Erscheinungsbild des Kabinetts in der Öffentlichkeit, die von ihm verkörperte Westbindung brachte der Bundesrepublik außenpolitische Anerkennung und Souveränitätsgewinne, die Erfolge der sozialen Marktwirtschaft und das »Wirtschaftswunder« der 1950er Jahre hatten bittere Jahre des Mangels und der Kargheit abgelöst, und der Ausbau des Sozialstaates tat ein übriges, um alle gesellschaftlichen Schichten an diesem ökonomischen Aufstieg partizipieren zu lassen. Die politische Bilanz der Koalition in Bonn wurde jedoch vor allem der Union zugeschrieben, während die kleineren Partner hiervon nicht gleichermaßen profitieren konnten, vielmehr an Gewicht und Präsenz verloren.

Die SPD konnte nicht in gleichem Maße von der Substanz der kleineren Parteien zehren wie die Unionsparteien. Zum einen verstand sie sich noch zu sehr als Arbeiterpartei, als dass sie bereit und in der Lage gewesen wäre, Mitglieder anderer sozialkultureller Milieus aufzunehmen, und zum anderen gab es im linken politischen Spektrum der frühen Bundesrepublik deutlich weniger Parteien, die politisch-programmatische Schnittmengen mit der SPD aufwiesen. Dennoch vermochte auch sie in den 1950er Jahren neue Anhänger aus konkurrierenden Parteien gewinnen, so Vertriebenenwähler aus dem BHE, protestantisch-bürgerliche Mitglieder aus Gustav Heinemanns Gesamtdeutscher Volkspartei sowie gewisse neutralistische Gruppen, die die Westbindung und Wiederbewaffnung der Bundesrepublik ablehnten. Allerdings blieb dieser Zuwachs für das Wähler- und Mitgliederprofil der Partei marginal. Erst mit dem Kurs der Umorientierung in der praktischen Politik und der Neubestimmung programmatischer Positionen in Godesberg 1959 sollte sich auch die SPD für neue Schichten öffnen.

Die FDP war in den 1950er Jahren denselben Restriktionen und Auszehrungsprozessen ausgesetzt wie ihre kleineren bürgerlichen Schwesterparteien, doch gelang es ihr, eine eigenständige Substanz zu erhalten und sich als dritte Kraft im westdeutschen Parteiensystem zu behaupten. Auch sie war zunächst strukturell eine eher heterogene Partei, hatten doch zwei unterschiedliche Konzep-

7 So Dorothee Buchhaas: Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 1950-1973. Düsseldorf 1981, S. 119.

tionen⁸ den liberalen Neuanfang nach 1945 geprägt, nämlich zum einen das Bild einer Partei der Mitte mit einer Ausgleichsfunktion zwischen dem (so perzipierten) politischen Konfessionalismus der CDU und dem Sozialismus der SPD, sowie die Vorstellung von der FDP als einer antisozialistischen, bürgerlich-nationalen Rechtspartei. Diese Dichotomie war jedoch in den Hintergrund gedrängt worden durch das Bekenntnis zur freien Marktwirtschaft und die Ablehnung jeglicher Sozialisierung. Dennoch sollte der Konflikt um den politischen Kurs, wie er sich aus diesen unterschiedlichen Wurzeln ergab, die Partei noch lange prägen.

Wie auch andere kleinere Parteien des bürgerlichen Lagers reihte sich die FDP nach den ersten Bundestagswahlen in eine Koalition mit den Unionsparteien ein. Dennoch war die Rolle des sekundären Parts innerhalb dieses Bündnisses innerparteilich nicht unumstritten: Angesichts des Gründungsbooms neuer Interessen- und Splitterparteien zu Beginn der 1950er Jahre tauchten auf dem nationalliberalen Flügel der FDP vorübergehend Überlegungen auf, sich zum Kopf und Motor einer Sammlungsbewegung⁹ rechts der CDU zu machen und so zur »Dritten Kraft« im bundesdeutschen Parteiensystem zu werden. Diese Blütenträume verwelkten jedoch schnell, vielmehr führten das ungeklärte Rollenverständnis, die Führungs- und Organisationsschwäche der Partei sowie ihre mangelnde Profilierung gegenüber dem größeren Koalitionspartner zu einer empfindlichen Wahlniederlage 1953; hier hatte die FDP der Anziehungskraft der Adenauer-Partei Tribut zollen müssen. Der nun einsetzende Dauerkonflikt mit der Union in Fragen der Außenpolitik sowie des künftigen Wahlrechts endete schließlich in der Aufkündigung der Koalition durch die FDP und der Spaltung von Bundestagsfraktion und Partei. Damit hatten die Liberalen ein ähnliches politisches Schicksal erlitten wie zeitgleich der BHE.

Mit dem Austritt aus der Bonner Koalition musste die FDP ihre Position im westdeutschen Parteiensystem neu bestimmen. Der Anstoß für die Reflexion über Standort und Selbstverständnis der Partei kam nicht zuletzt aus dem schlechten Abschneiden bei der Bundestagswahl 1957, die die Partei bedrohlich in die Nähe der 5-Prozent-Hürde gebracht hatte. Weil sie sich zudem im Bund auf den harten Oppositionsbänken wiederfand, standen ihre Existenzberechtigung und programmatisch-strategische Eigenständigkeit zur Diskussion. Bis zu diesem Zeitpunkt war sie in ihrem Sozialprofil eine bürgerliche Honoratiorenpartei gewesen, die insbesondere die Freiheit marktwirtschaft-

8 Dies ist prägnant dargelegt von Dieter Hein: Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945-1949. Düsseldorf 1985.

9 Vgl. hierzu Jörg-Michael Gutscher: Die Entwicklung der FDP von ihren Anfängen bis 1961. Königstein/Ts. 1984, S. 134ff.

lichen Handelns herausgestellt, aber auch immer die Interessen des kaufmännischen und selbstständigen Mittelstandes unterstützt hatte. Nun öffnete sie sich für eine Wählerstrategie, die aus der Verengung auf das selbstständige mittelständische Bürgertum herausführen und auch die neuen Mittelschichten ansprechen sollte.

Der Bundesgeschäftsführer und spätere Generalsekretär Karl-Hermann Flach hatte schon vor der Bundestagswahl 1957 versucht, die FDP auch ideologisch-programmatisch als »dritte Kraft« im bundesdeutschen Parteiensystem zu etablieren. Mit CDU/CSU, SPD und FDP – so Flach – erhalte »das deutsche Parteiengefüge auch seine historisch konsequente Richtung. Das sozialistische, das liberale und das konservativ klerikale Element bilden die Grundlagen des Dreiparteiensystems in Deutschland.«¹⁰ Dies war nicht nur ein ambitionierter Versuch, die FDP auf gleicher Augenhöhe neben den beiden großen Parteien zu positionieren, er wies auch auf einen systemfunktionalen koalitionspolitischen »Kurs der Mitte« hin, bei der die Partei durch gesamtdeutsche Akzente die Distanz zur CDU, durch ihren sozial- und wirtschaftspolitischen Kurs die nach wie vor bestehenden Unterschiede zur SPD markieren würde. Diese langfristig angelegte Konzeption kleidete man wahlstrategisch in das Bild vom »Zünglein an der Waage«, durch das die Partei zum ausschlaggebenden Faktor für Regierungsbildungen rechts oder links der Mitte werden würde.

Zustatten kam diesem neuen Funktionsverständnis, dass mittlerweile auf der Bundesebene die FDP die einzige verbliebene kleinere Partei war. Als Koalitions- und Regierungspartei in den 1950er Jahren war sie eine unter mehreren bürgerlichen Parteien gewesen, aus denen der Kanzler seine Partner auswählen und die er auch wieder in die Opposition stoßen konnte. Dies hatte ihr politisches Gewicht eingeschränkt. Mit der Entwicklung zum Dreiparteiensystem wuchs der FDP jedoch eine zentrale Funktion als Mehrheitsbeschaffer wie als Korrektiv für aus liberaler Sicht einseitige oder falsche politische Positionen zu. Dies unterstrich ihre politische Bedeutung und eigenständige Stellung.

Ohnehin leitete der Godesberger Parteitag der SPD eine grundlegende Umstrukturierung des westdeutschen Parteiensystems ein. Deren Öffnung zu einer neuen politischen Strömung und soziale Schichten integrierenden Volkspartei ebnete ihr nicht nur den Weg zur strukturellen Mehrheitsfähigkeit, sondern eröffnete auch neue Koalitionsoptionen. Mit diesem Schritt wurden alle Bundestagsparteien untereinander koalitionsfähig. Gleichzeitig mussten auch die Unionsparteien dem tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel Rechnung tragen, der in den späten 1950er Jahren eingesetzt hatte: Die sie

10 Karl-Hermann Flach: Dritte Kraft. Der Kampf gegen Machtmissbrauch in der Demokratie. Bonn o.J. (1957), S. 5.

prägenden traditionellen Sozialmilieus begannen sich aufzulösen, der alte Mittelstand schrumpfte, und eine neue Mittelschicht akademisch gebildeter Angestellter wie freiberuflich Tätiger bildete sich vor allem in den Städten heraus. Dies untergrub ihr bisheriges Erfolgskonzept und ließ die Notwendigkeit einer programmatischen, organisatorischen und personellen Reorientierung aufscheinen.

Vor dem Hintergrund der Restrukturierung des westdeutschen Parteiensystems war es an der FDP, ihre Rolle neben den beiden Volksparteien zu bestimmen. Das zeitgenössisch gern bemühte Bild vom »Zünglein an der Waage«, das durch seine koalitionspolitische »Neigung« der eigentliche Initiator von Regierungsbündnissen sein würde, verdeckte allerdings die Tatsache, dass die Partei in dieser Entscheidung keineswegs so frei war, wie hier impliziert, sondern sich im Allgemeinen schon im Wahlkampf zu künftigen Koalitionsabsichten festlegen musste. Auch die zunehmende Gleichrichtung der Parteienkonstellationen auf Bundes- und Landesebene schränkte den Handlungsrahmen der Liberalen ein. Hatte die koalitionspolitische Vielfalt dort der Partei in den 1950er Jahren Spielräume der Differenzierung und Variation gegeben, so setzte die Tendenz, nun in Bonn und in den Landeshauptstädten keine politisch konträren Koalitionen mehr einzugehen, dem Manövrierraum der FDP Grenzen.

Ihre zentrale Funktion kann für die 1960er und 1970er Jahre eher als Juniorpartner und politisches Korrektiv in einer Koalition umschrieben werden. In bestimmten Politikfeldern gelang es ihr, ihr Profil durch eine Strategie des begrenzten Konflikts herauszustreichen, was sich auch in Wahlen auszahlte, sie konnte eine »Aufpasserrolle« gegenüber dem größeren Regierungspartner ausüben, mäßigend auf dessen Flügel einwirken und damit dem Regierungssystem Kontinuität und moderaten Zentrismus verleihen. Dies schuf zwar immer wieder Konflikte und Auseinandersetzungen, doch haben gerade sie den Liberalen Einfluss und Aufmerksamkeit beschert und damit ihr politisches Überleben gesichert.

Koalitionswechsel waren auch unter der Prämisse der Existenz als »dritte Partei« ein schwieriges Unterfangen, drohten sie doch das parlamentarische Überleben zu gefährden. Dies zeigte sich bereits in den 1960er Jahren, als die Partei von der Union abzurücken begann und auf eine Annäherung an die SPD abzielte. Der hiermit verbundene Versuch der Parteispitze, das Erscheinungsbild der Liberalen zu modernisieren und sie für neue Themen und Wählerschichten zu öffnen, konnte nur gegen erheblichen innerparteilichen Widerstand durchgesetzt werden. Die kurzfristig nur schwer veränderbare Mitgliederstruktur der Partei sowie die innerparteiliche Erosion und Zerreißproben in mehreren Landesverbänden setzten dem intendierten Umorientierungsprozess Grenzen. Die Parteiführung war somit genötigt, die Koalitionsfrage bis wenige Tage vor der Bundestagswahl 1969 offen zu lassen und eine Äquidi-

stanz zwischen den beiden Volksparteien vorzutauschen. Das Wahlergebnis war für die FDP eine herbe Enttäuschung, hatte sie doch die Sperrklausel nur knapp übersprungen und das bisher schlechteste Resultat im Bund erzielt. Der Kurswechsel hatte die Partei einen Großteil der Wähler aus dem alten Mittelstand verlieren lassen, ohne ausgleichende Gewinne bei neuen Wählerschichten zu erlangen. Auf ihrem Weg durch das politische Koordinatensystem war sie noch nicht an ihrem Zielort angelangt; erst in den nächsten Bundestagswahlen konnte sie sich stabilisieren und damit die neue Koalitionsoption dauerhaft absichern.

Der Koalitionswechsel 1982 war von ähnlichen Turbulenzen geprägt. Der Bruch mit der SPD und die Wahl eines neuen Bundeskanzlers durch ein konstruktives Misstrauensvotum stürzten die FDP erneut in eine schwere innerparteiliche Zerreißprobe und drohten ihre Existenz zu gefährden. Der innerparteiliche Widerstand gegen den »fliegenden Koalitionswechsel« führte zum Austritt prominenter Exponenten sozialliberaler Politik aus der Partei, aber auch zum zumindest zeitweisen Verlust des Unterbaus auf Länder- und kommunaler Ebene sowie zu einem erneuten Wähler- und Mitgliederaustausch. Erst in den nächsten Bundestagswahlen wurde die Basis der Partei stabilisiert und ihre Position als Juniorpartner in der schwarz-gelben Koalition wieder honoriert.

Damit unterstrich die FDP die Rolle der kleineren Parteien im bundesdeutschen Parlamentarismus der 1960er und 1970er Jahre. Ihre Stellung als parlamentarisch »dritte Kraft« neben den beiden großen Volksparteien ermöglichte es den Liberalen, als Mehrheitsbeschaffer eine Schlüsselstellung im Prozess der Koalitionsbildung einzunehmen. Die Regierungswechsel zu Brandt 1969 und zu Kohl 1982 waren nur möglich, weil sich die FDP jeweils auf einen neuen Koalitionspartner und Regierungskurs festlegte, wenn auch unter erheblichen innerparteilichen Zerreißproben, und auch bei den frühzeitigen Rücktritten von Adenauer 1963 und Erhard 1966 hatte sie eine nicht unbedeutende Rolle gespielt. Dieser Funktion entsprach es, dass sie in den jeweiligen Koalitionen wichtige Ämter übernahm und damit mehr Nutzen aus ihrer gouvernementalen Präsenz zog als es ihrer kleinen parlamentarischen Repräsentanz entsprach.

Die Gefahr für die Existenz der FDP im bundesdeutschen Parteiensystem zu Beginn der 1980er Jahre erwuchs allerdings nicht allein aus dem Koalitionswechsel 1982, sondern nicht minder aus dem Aufkommen einer neuen Partei, der »Grünen«, mit dem die Mehrheitsbeschaffungs- und Korrektivfunktion der Freien Demokraten grundlegend infrage gestellt wurde. Der Parteibildungsprozess der »Grünen« war höchst schwierig, sie waren gleichsam eine »Partei wider Willen«¹¹, nach dem Gefühl vieler Mitglieder eher eine »Anti-

11 So Joachim Raschke: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind. Köln 1993, S. 486.

Parteien-Partei«¹². An ihrem Anfang standen Protestbewegungen insbesondere gegen den Bau neuer Atomkraftwerke, aber auch gegen den »Raubbau an der Natur« und gegen die unabsehbaren Risiken großindustrieller Projekte generell. Neben dieser elementaren »grünen« Farbe des Umweltschutzes finden sich aber auch »bunte« alternative Ansätze, Lebensstile und habituelle Orientierungen, die bis in die späten 1960er Jahre zurückreichen. Dies galt ebenso für die »roten« Wurzeln der neuen Partei, marxistische, leninistische, maoistische, trotzkistische, anarchistische oder spontaneistische Strömungen aus dem Umfeld der Studentenbewegung. Zur Farbenlehre des Protestes gehörte gleichfalls das Lila der Frauenbewegung, die innerhalb der Partei ein wichtiges Netzwerk ausbildete.

Diese grünen, bunten, roten und lila Tendenzen zu einer Partei zu bündeln, erwies sich als ein höchst schwieriger und wechselvoller Prozess. Auf dem Weg von einer alternativen Bewegung zu einer politischen Partei durchliefen die »Grünen« verschiedene »Häutungen«, in denen immer wieder spezifische Mitgliedergruppen die Partei verließen, hierbei aber auch die Heterogenität der politischen Aussagen abgeschliffen wurde. Erst hierdurch konnte die »wundersame Wandlung der ›Anti-Parteien-Partei‹ zur Parlaments- und Regierungspartei«¹³ gelingen. Der Schwerpunkt »grüner« Aktivitäten lag zunächst auf der kommunalen und Landesebene; erst mit der Gründung der Bundespartei im Januar 1980 erhoben sie auch den Anspruch, ein prägender Faktor des deutschen Parteiensystems zu werden. Mit dem Einzug in den Bundestag bei den vorgezogenen Wahlen 1983 spielten sie nun auch auf dieser Bühne mit.

Die Präsenz der »Grünen« im Bonner Bundeshaus veränderte das Parteiensystem von Grund auf. Nach Selbstverständnis und politisch-programmatischer Grundorientierung verstanden sich »Grünen«-Wähler und -mitglieder als »links«, was sie für eine Kooperation mit der Sozialdemokratie öffnete. Damit wuchs der SPD zu dem Zeitpunkt, als die FDP sich an die Seite der Union stellte, ein neuer Partner zu. Ein bipolares Parteiensystem prägte fortan die Politik im Bonner Bundeshaus wie im Berliner Reichstag. Für die kleineren Parteien – für die FDP wie für die »Grünen« – implizierte dies weniger Bewegungsfreiheit als zuvor, waren sie doch nun dem größeren Partner verbunden und konnten nur mit ihm zusammen die Regierung übernehmen und eine gemeinsame Politik gestalten. Auch auf die Länderebene schlug diese Polarisierung durch; nur in spezifischen Fällen kamen hier andere Koalitionskonstellationen zum Tragen. Gerade für die FDP versperrte das Aufkommen der »Grünen« die Möglichkeit, sich weiterhin als »dritte

12 So die Charakterisierung von Petra Kelly, zit. nach ebd.

13 Patrick Horst: Totgesagte leben häufig länger, manchmal lange. Zu den Überlebenschancen der Grünen vor dem koalitionspolitischen Erfahrungshintergrund der FDP, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 32 (2001), S. 841-860, hier 842.

Kraft« neben den beiden Volksparteien zu profilieren und als »Zünglein an der Waage« den Ausschlag für die Koalitionsbildung zu geben, wie sie dies seit den 1960er Jahren beansprucht hatte. Regierungswechsel wurden nun allein durch Wahlen möglich, wobei das eine oder das andere »Lager« den Sieg davontragen würde.

Das Aufkommen und der politische Durchbruch der »Grünen« basierten auf tiefen sozialstrukturellen und wertemäßigen Umbrüchen, auf postmaterialistischen Individualisierungs- und Entbindungsprozessen in der westdeutschen Gesellschaft dieser Jahre. Da die anderen Parteien, voran Union und SPD, hierauf keine politisch überzeugenden Antworten zu geben wussten, hatte sich den »Grünen« ein Raum eröffnet, den sie seitdem auf Dauer besetzen konnten. Ohnehin hatte die historisch gewachsene Verflechtung zwischen den traditionellen Parteien und ihren Trägerschichten begonnen, sich aufzulösen, hatten normative Bindungsmotive an Bedeutung verloren und die Beziehung der Anhänger zu ihrer Partei an sozialer Tiefe und emotionaler Intensität eingebüßt¹⁴. Dies vergrößerte die Volatilität der Wählerschaft und deren Bereitschaft, sich neuen politischen Angeboten zuzuwenden. Diese nachlassende Integrationskraft der Großparteien öffnete den kleineren Parteien Bewegungsräume, um ihr eigenes politisches Angebot zu offerieren; eher als die großen »Tanker« sahen sie sich imstande, neue politische und gesellschaftliche Einstellungen, Interessen und Bedürfnisse im Elektorat aufzunehmen und Antworten hierauf zu formulieren.

Die Wiedervereinigung 1990 und die Schaffung eines gesamtdeutschen Parlaments tertierte das deutsche Parteiensystem wiederum neu aus. Die Ausdehnung der westdeutschen Parteien in die neuen Länder und deren Zusammenschluss mit ostdeutschen Parteien und Bürgerrechtsbewegungen veränderten Struktur, Gewicht und Profil der jeweiligen Parteien deutlich. Für CDU und FDP stellte sich die Frage, wie man sich gegenüber dem jeweiligen ostdeutschen Pendant verhalten solle, das zwar als langjährige Blockpartei politisch diskreditiert war, aber durch seine Mitgliederstärke und seine Organisationsstruktur ein Einfallstor in die neue Wählerschaft bot. Beide entschieden sich für eine Doppelstrategie, nämlich einerseits mit der (reformierten) östlichen Schwesterpartei zusammenzuarbeiten, sich aber gleichzeitig Partner aus dem Kreis der oppositionellen Gruppen zu sichern und so deren »oppositionellen Charme« auf sich zu übertragen. SPD und Grüne dagegen setzten allein auf die Kooperation mit neuen, unbelasteten und ihnen nahestehenden politischen Kräften aus dem Bereich der Bürgerrechtsbewegungen.

14 So Peter Gluchowski/Hans-Joachim Veen: Nivellierungstendenzen in den Wähler- und Mitgliedschaften von CDU/CSU und SPD 1959-1979, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 10 (1979), S. 312-331. Ähnlich Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer: Parteimitgliedschaften. Entwicklung und Sozialstruktur, in: dies./Richard Stöss (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland. 2. aktualisierte Auflage, Bonn 2001. S. 274-296.

Hier jedoch standen deren Zielperspektive einer durch authentische Reformen erneuerten DDR ebenso wie deren Skepsis gegenüber den Organisationsformen einer politischen Partei einer Zusammenarbeit zunächst entgegen. Erst unter dem Druck der anstehenden Volkskammerwahlen im März 1990 beschleunigte sich die politische Kooperation. Die Vereinigung der jeweiligen west- und ostdeutschen Parteien erfolgte dann im Spätsommer 1990 noch vor der staatlichen Wiedervereinigung; allein das aus den oppositionellen Bewegungen der DDR hervorgegangene »Bündnis 90« und »Die Grünen« gingen vorerst nur eine Listenverbindung ein und schlossen sich erst im Mai 1993 zusammen.

Somit war das gesamtdeutsche Parteiensystem von unterschiedlichen Strukturen in Ost und West gekennzeichnet. In den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen im Dezember 1990 konnten sich alle hier betrachteten Parteien auch in den neuen Bundesländern erfolgreich etablieren, selbst FDP und Bündnis 90/Die Grünen erreichten dort 12,9% bzw. 6,1% der Stimmen.¹⁵ In den folgenden Urnengängen zeigte sich jedoch, dass dieses Ergebnis für die kleineren Parteien ein einigungsbedingtes Strohfeuer gewesen war; weder auf Bundes- noch auf Landesebene vermochten sie im östlichen Deutschland auf Dauer Fuß zu fassen. Ohne ausreichend organisatorische Basis und ohne eine ihrem politischen Profil entsprechende Wählerschaft konnten sie dort keine Wurzeln schlagen.

Vor allem aber vermochte sich nach 1990 – zunächst im Osten, mittlerweile auch im Westen – mit der PDS eine fünfte Partei auf Bundesebene zu etablieren. Sie galt lange als »Partei der Vereinigungsverlierer«¹⁶, also als politische Heimat für diejenigen, die durch die Wiedervereinigung und ihre sozioökonomischen Folgen betroffen waren und sich sozial benachteiligt fühlten. Ebenso fand die Partei ihre Kernklientel unter den Angehörigen der seinerzeitigen »sozialistischen Dienstklasse«, also der ehemals Privilegierten des DDR-Systems. Mit diesem Profil gelang es ihr, sich in den neuen Bundesländern gleichrangig neben CDU und SPD zu etablieren und dort Teil eines Dreiparteiensystems zu werden. In dem Maße, wie sich diese politische Ausrichtung im Zeitverlauf überlebte und überdies der Wunsch immer stärker wurde, auch im westlichen Bundesgebiet politisch präsent zu sein, musste die Partei jedoch auf neue politische Inhalte setzen. Hier gelang es ihr, durch die Selbststilisierung als Anwalt der »Modernisierungsverlierer«, die durch den Um- und Abbau des Sozialstaats infolge der gewandelten ökonomischen Rahmenbedingungen besonders betroffen waren, an ihre alten Stärken im Osten anzu-

15 Zahlen nach: Forschungsgruppe Wahlen: Wahlergebnisse in Deutschland 1946-1998. 4. Ausg. Mannheim 1998, S. 141.

16 Oskar Niedermayer: Die Wählerschaft der Linkspartei.PDS 2005. Sozialstruktureller Wandel bei gleich bleibender politischer Positionierung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 37 (2006), S. 523-538, hier S. 524.

knüpfen und neue Wähler im Westen zu gewinnen. Mit dieser Profilierung der nun in »Die Linke« umbenannten Partei als Partei des sozialen Protestes konnte sie mittlerweile am linken Rand des deutschen Parteienspektrums Fuß fassen.

Die Existenz einer fünften Partei tangierte nicht nur die Erfolgchancen und Bewegungsspielräume der vier Konkurrenten, generell veränderte sich die Parteienkonstellation, verlor das bisherige »Lager«-Schema an Bedeutung. Mit der Präsenz von fünf Parteien im Bundestag (und teils auch in den Landesparlamenten) öffneten sich allen Akteuren neue Koalitionskonstellationen, sei es als Zweier- oder als Dreierbündnis. Von entscheidender Bedeutung ist hierbei, wieweit sich die neue »Linke« als strukturgebende Partei im gesamtdeutschen Parteiensystem festigen und als eigenständige Mitbewerberin im Kreis der kleineren Parteien behaupten kann, aber auch, wieweit sie als möglicher Koalitionspartner akzeptiert wird. In den östlichen Bundesländern ist dies mittlerweile der Fall, dort hat sich die ehemalige PDS als (noch) Juniorpartner einer der beiden Volksparteien etablieren können. In den westlichen Bundesländern zog sie mittlerweile in vier Landtage ein, doch ist die Frage, wieweit ihre Abgeordneten dort nach programmatischem Profil und politischem Hintergrund als potentielle Bündnispartner angesehen werden können, höchst umstritten. Mit einem Fünfparteiensystem wird die Stellung der Parteien zueinander variationsreicher, wächst die Bereitschaft, jenseits des Zusammengehens der beiden Großen neue politische Kombinationen zu erproben. Die politische Gesamtkonstellation dürfte hierdurch unruhiger, instabiler, weniger auf Maß und Mitte angelegt werden. Solange die beiden Volksparteien nicht wieder zu ihrer alten (numerischen) Stärke aufschließen können, bleibt das deutsche Parteiensystem volatiler als zuvor, werden die Koalitionskonstellationen bunter und vielgestaltiger, als dies für die »alte« Bundesrepublik galt. Erneut sind es die kleineren Parteien, die diese »Farbigkeit« bewirken.

Ein Intellektueller für die Vitrine? – Theodor Heuss und die Neubegründung des Liberalismus in Deutschland 1945–1949

1. *Mißglückter Aufbruch. Die Gründung der FDP in Heppenheim*



Gründungsparteitag der FDP in Heppenheim, Pressekonferenz nach der Wahl von Theodor Heuss zum Vorsitzenden, 12.12.1949, v.l.n.r.: Carl-Hubert Schwennicke, Theodor Heuss, Franz Blücher, Hermann Höpker Aschoff; Foto: DENA, SV-Bilderdienst.

Am 11. und 12. Dezember 1948 hatten sich in Heppenheim an der Bergstraße die Landesverbände der liberalen Parteien aus den drei westlichen Besatzungszonen zur FDP zusammengeschlossen. Ein Photo steht quasi als Gründungsdokument am Beginn der Geschichte dieser Partei. Es zeigt Mitglieder des Vorstands, von links nach rechts den Vorsitzenden der Berliner LDP,